



Die schwedische Piratenpartei

LINDA LARSSON
Oktober 2011

- Die Schwedische Piratenpartei ist aus einer Bewegung entstanden, die den etablierten Parteien nicht zutraute, mit der Internetpolitik umzugehen und sie zu begreifen. Dennoch ist die Partei nicht als klassische Protestpartei zu sehen. Es sind vor allem die bisher eingegrenzten Sachfragen, die die Wählerschaft der schwedischen Piratenpartei ansprechen.
- Wahlerfolge konnte die schwedische Piratenpartei vor allem bei der Europawahl 2009 erzielen, als sie 7,1 % der Stimmen holte. Bei der Reichstagswahl 2010 erreichte sie nur 0,65 % der Stimmen und auf kommunaler bzw. regionaler Ebene ist sie bislang nicht vertreten.
- Die schwedischen Piraten haben begonnen, sich sachpolitisch weiterzuentwickeln. Doch eine Einigung auf Sachfragen und Sachbereiche bedeutet auch eine Abweichung von der bisherigen Politik, die u.a. beinhaltete, sich weder in klassischen Umverteilungsfragen noch rechts oder links zu positionieren. Es bleibt bislang offen, welche Richtung die Partei einschlagen wird.

Entstehung der Piratenpartei

Die erste Piratenpartei der Welt wurde in Schweden gegründet. Ihre Entstehung geht auf die Anfang der 2000er Jahre in Schweden aufkeimende Piratenbewegung zurück. Sie organisierte sich über das Piratenbüro, eine Lobbyorganisation und Denkfabrik zur Unterstützung von Personen, die urheberrechtlich geschütztes Material aus dem Netz herunterladen. Die beiden Hauptanliegen des Piratenbüros waren freies und antikommerzielles Filesharing¹ sowie die Rechte an immateriellen Gütern und das Urheberrecht. 2003 wurde die Homepage *The Pirate Bay* ins Netz gestellt, von der aus urheberrechtlich geschützte Filme und Musikstücke heruntergeladen werden konnten.

2006 gründete Rick Falkvinge die Piratenpartei (Piratpartiet). Falkvinge zufolge waren die etablierten Parteien nicht fähig, mit der Internetpolitik angemessen umzugehen und sie zu verstehen. Er befürchtete negative Auswirkungen auf die Stellung Schwedens als weltweit führende IT-Nation. Falkvinge war von der Notwendigkeit einer Piratenpartei überzeugt, damit sich auch die etablierten Parteien gezwungen sähen, die Internetfragen ernst zu nehmen und sich mit den damit verbundenen breiter angelegten Zukunftsfragen zu befassen. Laut Falkvinge besteht ein Bedarf, die Nutzung und den Schutz von persönlichen Daten und Rechten zu sichern und die Rechte an immateriellen Gütern durch die Abschaffung von Urheberrecht, Patentrecht und Markenschutz abzuändern.

Im Frühjahr 2006 führte die schwedische Polizei eine mit großer Aufmerksamkeit verfolgte Razzia gegen *The Pirate Bay* durch. Danach stieg die Mitgliederzahl der Piratenpartei schlagartig an. Im gleichen Jahr erhielt die Partei 0,63 Prozent der Stimmen bei der Reichstagswahl und wurde damit Schwedens drittgrößte Partei außerhalb des Reichstags. Neben der Reichstagswahl 2006 trat die Partei auch bei den Europawahlen 2009 an, wo sie überraschend 7,1 Prozent der Stimmen erreichte, sowie bei den Reichstagswahlen 2010, bei denen die Partei einen Wähleranteil von 0,65 Prozent verzeichnen konnte. Auf

1. Filesharing beinhaltet die direkte Weitergabe von Dateien zwischen Benutzern des Internets unter Verwendung einer Verbindung, in der alle Computer gleichberechtigt sind. Im Regelfall werden Dateien von den einzelnen Nutzern gleichzeitig sowohl kopiert (heruntergeladen), als auch versendet (hochgeladen).

kommunaler bzw. regionaler Ebene ist die Piratenpartei bislang nicht vertreten.

Derzeitige Vorsitzende der schwedischen Piratenpartei ist Anna Troberg. Piratenparteien gibt es heute weltweit in etwa 40 Ländern, wobei insbesondere die Piratenpartei in Deutschland bei den Regionalwahlen in Berlin im September dieses Jahres einen großen Erfolg erzielen konnte.

Ziele der schwedischen Piratenpartei

Die schwedische Piratenpartei hat sich vor allem durch ihr starkes Eintreten für ein freies Filesharing von Privatkopien profiliert. Sie hat ferner die Hauptkonflikte der Informationsgesellschaft aufgegriffen, diese betreffen Offenheit, Transparenz, sowie Informations-, Innovations- und Gedankenfreiheit. Die Partei will die weltweite Gesetzgebung im Interesse der wachsenden Informationsgesellschaft ändern. Sie protestiert auch gegen die bisweilen von Staaten und Unternehmen erfolgte Nutzung neuer Informationstechnologien zu Kontroll- und Überwachungszwecken und fordert den Schutz von persönlichen Daten.

Die Piratenpartei äußert sich entsprechend kritisch gegenüber der Haltung etablierter Parteien im Hinblick auf Themen, die u.a. die Überwachung betreffen, aber auch das Patentrecht und die Rechte an immateriellen Gütern. Sie betont die Grundrechte und Freiheiten der Bürger und wird deshalb auch bisweilen als Bürgerbewegung der Informationsgesellschaft bezeichnet.

Grundlegende Prinzipien und Politik

Die Piratenpartei distanziert sich aktiv von den klassischen Umverteilungsfragen, sieht sich jedoch nicht als Partei, die ausschließlich auf Fragen des Filesharing zielt. Die Politik der Partei basiert auf drei grundlegenden Prinzipien: Erstens die Nutzung und den Schutz persönlicher Daten zu sichern, zweitens, die Kultur als freies und öffentliches Gut anzusehen und drittens auf dem Prinzip der Ablehnung von Patenten und privaten Monopolen.

Die Piratenpartei ist gegen eine Gesellschaft, in der eine ständige »elektronische Überwachung« des Einzelnen stattfindet. Gleichzeitig soll der Schutz von Daten

des Einzelnen gestärkt werden. Frei zugängliche Kultur schließt für die Piratenpartei die Änderung des Urheberrechts ein. So soll der Zugang zur Kultur erleichtert und das Bildungsangebot erweitert werden. Dies will man u.a. durch die Legalisierung des Filesharing für private Zwecke und durch eine Änderung der urheberrechtlichen Bestimmungen, hin zu einer Verkürzung der Schutzdauer des Exklusivitätsrechts auf Werke, erreichen. Die Piratenpartei tritt auch für das Recht auf freies Wissen ein, damit ist u. a. die Abschaffung des Patentrechts gemeint, denn dieses diene vor allem Großunternehmen, die den Grundgedanken des Patentrechts missbrauchen.

Ziel: Zünglein an der Waage

Ziel der Partei in Schweden ist der Einzug in den Reichstag und ihre künftige Rolle als Zünglein an der Waage. Die politischen Positionen der Piratenpartei lassen sich nicht ohne weiteres auf der klassischen Links-Rechts-Skala verorten; sie positioniert sich auch nicht gegenüber anderen Fragen, die außerhalb ihres Grundsatzprogramms liegen. In der Partei kann man sich jedoch vorstellen, sowohl eine konservative als auch eine sozialdemokratische Regierung zu stützen. Bei einer Regierungsbildung würde die Piratenpartei das Lager unterstützen, das ihren Forderungen am ehesten gerecht wird und dafür eintreten, die eigenen Themen voranzubringen. In anderen Fragen, die nicht von der Piratenpartei aufgegriffen wurden, würde sie gegebenenfalls die Regierung vorbehaltlos unterstützen (www.piratpartiet.se). Sollten beide Lager auf alle Wünsche der Partei eingehen, würde man das Lager unterstützen, das bei der Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte. Auf diese Weise beabsichtigt die Partei, sich weder allein dem rechten noch dem linken Lager zuzuordnen.

Organisation der Piratenpartei

Die Piratenpartei erhält keine Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung und erhebt auch keine Mitgliedsbeiträge; sie ist von Spenden abhängig. Parteiorganisation und -struktur haben sich erst in der aktiven Zeit der Partei entwickelt und sie wird nun von einem Vorstand gelenkt, der die Exekutive der Parteiführung und der Parteivorsitzenden überlässt. Selbst wenn die Parteiorganisation als hierarchisch bezeichnet wird, bauen viele Aktivitäten und Initiativen der Partei auf dem Engagement

der Mitglieder und der traditionellen Vereinsarbeit auf. Die Partei ist stark vom Aktionismus der Mitglieder abhängig, der durch die so genannte »Dreipiratenregel« gelenkt wird. Diese besagt, dass drei Mitglieder von der Richtigkeit einer Meinung oder einer Aktion überzeugt sein müssen, um sie im Namen der Partei vertreten zu können.

Sympathisanten der Piratenpartei

Seit Beginn hat die Partei eine große Anzahl von Mitgliedern angezogen. Häufig erfolgten die Aufnahmeanträge im Zusammenhang mit Ereignissen wie der Razzia gegen die Filesharing-Site *The Pirate Bay* im Frühjahr 2006, die Abstimmung im Reichstag zum FRA-Gesetz (kleiner Lauschangriff) Anfang des Sommers 2008 oder dem Prozess gegen *The Pirate Bay* im April 2009.

Eigenen Angaben zufolge hat die Piratenpartei heute gut 8000 Mitglieder. Dies kann mit der im Reichstag vertretenen Linkspartei verglichen werden, die heute rund 8700 Mitglieder hat. Eine Mehrheit der Parteimitglieder sind Männer unter 30 Jahren.

Vor allem Jugendliche, Männer, Studenten und Großstadtbewohner gehören der Wählerbasis der Partei an. Die Wählergruppe besteht zuvorderst aus Personen, die noch nicht auf dem Arbeitsmarkt etabliert sind und sich nur geringfügig für traditionelle Gesellschaftsaktivitäten wie beispielsweise Gewerkschaften engagieren. Bei den Wählern besteht auch ein geringes Interesse an der herkömmlichen Politik und es fehlt ganz deutlich eine gemeinsame Positionierung auf der traditionellen Links-Rechts-Skala der Parteien. Die Wähler der Piratenpartei sind verglichen mit den Wählern der etablierten schwedischen Parteien in der gesamten Links-Rechts-Dimension relativ breit gestreut. Doch muss hervorgehoben werden, dass es sich häufig nicht um ausgegrenzte junge Männer handelt, sondern um qualifizierte junge Menschen mit einer hohen technischen oder naturwissenschaftlichen Ausbildung.

Erfolgsfaktoren der Piratenpartei

Die Piratenpartei wird häufig als »Fokus«- oder »Ein-Themenpartei« bezeichnet. Sie überraschte bei den Europawahlen 2009, als sie einen Stimmenanteil von 7,1 Prozent

auf sich vereinen konnte. Häufig wurde in der Wahlanalyse behauptet, die Stimmen für die Piratenpartei wären Proteststimmen.² Untersuchungen zeigten jedoch, dass der Erfolg der Piratenpartei bei den Europawahlen auf die Neigung der Wähler zurückgeht, über einzelne Sachfragen abzustimmen. Sie maßen dem Hauptanliegen der Piratenpartei großes Gewicht bei: Filesharing im Internet. Dass die Piratenpartei ihre Wählerstimmen aufgrund einer spezifischen Sachfrage gewonnen hatte, widerspricht der vorherrschenden Auffassung, dass »neue Parteien« von der Unzufriedenheit gegenüber etablierten Parteien profitieren. Diese Tatsache bricht auch mit dem Trend, dem frühere Erfolge der größeren Herausforderer oder Protestparteien in Schweden zu Grunde lagen.

Um als neue Partei auf diese Weise Wähler anzusprechen ist es wichtig, dass die Kernfragen der Partei ganz oben auf der Agenda stehen, Fragen, die die etablierten Parteien in ihrer Politik nicht hervorzuheben vermochten. Zudem ist es wichtig, dass die jeweiligen Sachfragen bei einer größeren Wählergruppe zumindest als ausreichend signifikant gelten, um der Partei genau deswegen ihre Stimme zu geben. Erforderlich hierfür ist, dass sich die neue Partei in Bezug auf die übrigen Parteien diese Sachfragen zu eigen macht und dadurch als glaubwürdiger empfunden wird als die anderen Parteien. Dies ist der Piratenpartei 2009 bei der Europawahl gelungen. Außerdem haben, Wahlforschern zufolge, kleinere Parteien bei Wahlen zum Europäischen Parlament größere Erfolgchancen, als bei nationalen Wahlen, wo die nationalen Regierungsparteien und größeren Parteien in der Wählergunst vorne zu liegen scheinen. Dies kann eine Erklärung dafür sein, dass die Piratenpartei bei der Reichstagswahl 2010 nicht so gut abschnitt wie bei den letzten Europawahlen. Die Hauptanliegen der Piratenpartei standen bei der Reichstagswahl nicht auf der Tagesordnung und sie erhielt auch keine Schützenhilfe von Ereignissen in ihrem Umfeld, die gerade diese Fragen ins Licht hätten rücken können. In der Partei fühlte man sich von den Medien nicht ausreichend beachtet und stand im Schatten der Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna), die als neue Herausforderer auftraten.

2. Als Protestwähler kann ein Wähler definiert werden, der negativ wählt, indem er sich bewusst und rationell von der Verhaltensweise der etablierten Parteien distanziert, anstatt sich bewusst und überlegt für die Politik einer Partei wie der Piratenpartei zu entscheiden.

Eine Partei in der Entwicklung

Vor kurzem nahm die Piratenpartei die Arbeiten zur Entwicklung ihrer Politik auf. Die guten Wahlergebnisse der deutschen Piraten in Berlin zeigten, welche Wirkung eine Partei mit umfassenderen Themen wie zum Beispiel Bildungspolitik erzielen kann. Die schwedischen Piraten werden jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach das Erfolgskonzept der deutschen Piraten nicht direkt kopieren. Berlin und Schweden bieten, vor allem was die sachpolitische Perspektive angeht, unterschiedliche Voraussetzungen für die Parteien. Allerdings finden in der Partei gerade Diskussionen darüber statt, ob eine breitere politische Grundlage ein Erfolgskonzept sein könnte. Innerhalb der Piratenpartei besteht ferner der Wunsch, die Wertefragen an eine deutlichere und ausgesprochene Sachpolitik zu knüpfen. Mit konkreter Sachpolitik soll die Parteipolitik im Alltag der Wähler erfahrbarer werden.

Ein neues Grundsatzprogramm

Den Grundpfeiler der Politik der Piratenpartei stellt deren Grundsatzprogramm dar. Im Programm werden die grundlegenden Prinzipien und Wertefragen der Partei beschrieben. Die Piraten unterziehen nun, nach fünf Jahren offizieller Parteiarbeit, ihr gegenwärtiges Grundsatzprogramm einer gründlichen Prüfung. Ein neues Grundsatzprogramm soll die von der Partei wahrgenommene Entwicklung widerspiegeln. Ausdruck dieses Reifeprozesses der letzten Jahre ist eine Abkehr von alarmistischer hin zu einer lösungsorientierten Politik.

Die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms erfolgt offen im Netz, die Arbeitsweise ist sehr inklusiv. Die Mitglieder können diskutieren, Kommentare abgeben und Vorschläge zum Entwurf der Partei machen. Sie werden aufgefordert sich einzubringen und sich zum Grundsatzprogramm zu äußern, bevor es schließlich von den Mitgliedern auf dem Parteitag im Frühjahr 2012 angenommen wird.

Fazit

Die Schwedische Piratenpartei ist aus einer Bewegung entstanden, die der Meinung war die etablierten Parteien seien nicht fähig, mit der Internetpolitik umzugehen und sie zu begreifen. Die Partei ist jedoch nicht als klassische



Protestpartei zu sehen. Es sind vor allem ihre bisher eingegrenzten Sachfragen, die die Wähler ansprechen. Im Zuge des Reifungsprozesses der Partei und mit dem Ziel, die Parteipolitik für die Wähler zugänglicher und konkreter zu gestalten, haben die Piraten auch begonnen, sich sachpolitisch weiterzuentwickeln. Die Parteipolitik basiert auf den drei Grundsätzen Integrität, Kultur und Wissen. Doch eine Einigung auf Sachfragen und Sachbereiche bedeutet auch eine Abweichung von der bisherigen Politik, die u. a. beinhaltete, sich weder in klassischen Umverteilungsfragen noch rechts oder links zu positionieren. Es bleibt offen, welche Richtung letztendlich eingeschlagen wird.

Quellen

Bjereld, Ulf/Demker, Marie (2008): »Kampen om kunskapen. Informationssamhällets politiska skiljelinjer«, Stockholm: 162-176

Rydell, Anders/Sundberg, Sam (2010): »Piraterna. Historien om The Pirate Bay, Piratpartiet och Piratbyrån«, Stockholm.

Oscarsson, Henrik/Persson, Mikael (2009): »Piratpartiets sympatisörer«, in: Holmberg, Sören/ Weibull, Lennart (Hrsg): *Svensk höst*, Göteborg: 241–247

Erlingsson, Gissur Ó/ Persson, Mikael (2010): »Varför röstade väljare på Piratpartiet?«, in: Oscarsson, Henrik/Holmberg, Sören (Hrsg): *Väljarbetende i Europaval*, Göteborg: 137–48

www.piratpartiet.se

Interview mit Vorsitzenden der Piratenpartei Anna Troberg, Oktober 2011

Interview mit Professor Ulf Bjereld, Oktober 2011



Über die Autorin

Linda Larsson ist seit Juli 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stockholm.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/
Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
Email: ID-INFO-WENA@fes.de

Diese Publikation ist im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stockholm entstanden.

Das FES-Büro in Stockholm (www.fesnord.org)

Das Nordische Büro ist Teil des internationalen Netzwerks der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und umfasst die Länder Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.

Das Büro mit Sitz in Stockholm wurde 2006 mit dem Ziel gegründet, die deutsch-nordische Zusammenarbeit zu fördern. Mit Seminaren und Publikationen trägt das Büro zu einem kontinuierlichen Dialog zwischen Entscheidungsträger/innen und der Zivilgesellschaft in den Nordischen Ländern und Deutschland bei.

Die Arbeit der FES in den Nordischen Ländern konzentriert sich insbesondere auf den Ideen- und Erfahrungsaustausch zu gemeinsamen Herausforderungen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Außenpolitik, wie beispielsweise:

- Erfahrungen aus Wohlfahrtsstaats- und Sozialreformen, insbesondere im Hinblick auf Chancengleichheit, partizipatorische Demokratie und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors;
- Erfahrungen in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, europäische Integration und Ostseekooperation;
- Erfahrungen auf dem Gebiet Integration- und Migrationspolitik.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.